



Der Exodus aus Syrien und die Konsequenzen für die Türkei

Auf der einen Seite die Festung Europa, auf der anderen Bürgerkrieg und Chaos: Seit Ausbruch der Krise Syriens hat die Türkei so viele Flüchtlinge wie nie zuvor aufgenommen. Was diese Einwanderung an Herausforderungen für die Menschen und das Land bedeutet und wie er es verändern wird.

Von Katharina Schmidt mit einer Fotostrecke vom Murat Bay



Rüber gemacht:

Alles was zu retten war in Sack & Pack

Ankunft

Die PKK-nahen kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ YPG/YPJ verteidigten mit Unterstützung der irakisch-kurdischen Peshmerga die kurdische Stadt Kobane in Syrien gegen die Mörderbanden des so genannten „Islamischen Staats“. Währenddessen flohen Hunderttausende von dort über die türkische Grenze. Nicht mit der Eisenbahn, sondern zu Fuß über die Grenze hinweg. Der Fotograf Murat Bay hat diese Ankunft mit einer Fotostrecke dokumentiert.



Stacheldraht-Grenze niedrigerissen:
Insgesamt starben 17 Flüchtlinge beim Versuch, in die Türkei zu gelangen.



Ins Gesicht geschrieben:
Die Schrecken der Flucht



Einmal warme Mahlzeit:

Flüchtlinge aus Kobane bekommen auf der türkischen Seite der Grenze bei Suruc Essen von der Organisation Kızılay – allerdings nur in den von der Regierung geführten Camps.



Anstehen für das Nötigste:
Das nackte Überleben.



Trennende
Verbindung:
*Wartende entlang der
historischen Berlin-
Bagdad-Bahn. Sie
entstand als koloniales
Projekt auch der
„deutschen Kulturar-
beit“*

Die Krise in Syrien begann im März 2011. Einen Monat später betraten die ersten Flüchtlinge türkischen Boden. Zu diesem Zeitpunkt bestanden zwischen Ankara und Damaskus noch enge politische Beziehungen, zwischen den Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und Baschar Al-Assad eine persönliche Freundschaft. Aber sie zerbrach durch die brutale Härte, mit der Assad die Aufstände niederschlagen ließ und die daraus resultierende Migration in das Land der zwei Kontinente.

Der nun fast vier Jahre andauernde Bürgerkrieg trieb bis heute drei Millionen Syrer und Syrerinnen in die Flucht – über die Hälfte davon in die Türkei. Diese erlebt damit eine Migration von nie dagewesenem Umfang. Deren Kosten belaufen sich laut dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) auf über drei Billionen Euro. Zum Vergleich: Mit allein 130.000 Syrerinnen und Syrern im September 2014 nahm die Türkei mehr auf als die gesamte Europäische Union in drei Jahren.

Für das Land am Bosphorus stellt dies immense soziale und politische Herausforderungen und Konflikte dar. Dabei ist der Umgang mit Flucht und Migration für die Türkei grundsätzlich nichts Neues. Aufgrund der geografischen Lage, als Transitland zwischen Asien und Europa, war sie stets durch Migration geprägt. Im Zuge der Staatengründung und Nationalisierung im zwanzigsten Jahrhundert unterstützte die Türkei Zuwanderungen von Migranten „türkischer Abstammung und Kultur“. Als Ende der Achtzigerjahre 300.000 Pomakkerinnen und Pomakker und Menschen aus der Türkei vor der Verfolgung im kommunistischen Bulgarien flohen, gewährte sie ihnen Aufenthaltsrecht und die Möglichkeit der Staatsbürgerschaft.

Für Flüchtlinge ohne diesen Kulturhintergrund sehen die Reaktionen anders aus: Die Türkei hat zwar 1962 die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben – allerdings mit der Einschränkung, lediglich europäischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Nichteuropäerinnen und -europäern gewährt die Türkei zeitweisen Schutz vor ihrer Rückkehr in Drittstaaten.

Als in Folge des zweiten Golfkriegs hunderttausende Kurden der Verfolgung durch Saddam Hussein im Irak entflohen, nahm die Türkei sie erst auf nationalen und internationalen Druck hin auf; als Gäste ohne offizielle Rechte. Die Asylpolitik der Türkei, die 1994 erstmals eine rechtliche Grundlage fand, wurde damit zu einer Regelung, die nationale Sicherheit über Menschenrechtsfragen stellt. Flüchtlinge sollen an der Grenze gestoppt und ihr Eintritt in die Türkei möglichst verhindert werden.

Nach einem Report von Human Rights Watch von 2008, der den Umgang der Türkei mit irregulären Migrantinnen und Migranten sowie Asylsuchenden stark kritisierte, begann Ankara an einer neuen Gesetzgebung zu arbeiten. Am 12. April 2014 trat das Ausländer- und internationale Schutzgesetz in Kraft. Es schuf eine Generaldirektion des Migrationsamtes, die den rechtlichen Status von Migrantinnen und Migranten näher definieren und verbessern soll. Die regionale Einschränkung bezüglich des Asylrechts, deren Abschaffung eine der Voraussetzungen für den Beitritt zur EU darstellt, wurde jedoch nicht aufgehoben. Für die Flüchtlinge aus Syrien bedeutet das: Sie sind nach wie vor Gäste – auch wenn Ankara ihnen temporären Schutz in Form von Aufenthaltsrecht, humanitärer Hilfe in den Flüchtlingscamps und keine gewaltsame Ausweisung garantiert.

Die Situation der syrischen Flüchtlinge

Derzeit befinden sich etwa 1,6 Millionen Syrerinnen und Syrer im Land – 220.000 von ihnen in den 22 von der Regierung geführten Flüchtlingscamps nahe der Grenze. Während die Versorgungslage dort relativ gut ist, ist es für die Flüchtlinge außerhalb der Camps deutlich schwieriger. Innerhalb der Camps stellt die türkische Regierung in Kooperation mit dem Welt-ernährungsprogramm (WFP) und dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Nahrung und medizinische Grundversorgung wie Impfungen bereit. Aber es fehlt an Personal. Die Kommunikation bereitet Probleme und Fälle von Polio lassen die Angst vor grassierenden Krankheiten entstehen. Für die 85 Prozent der Flüchtlinge, die außerhalb der Camps leben, ist die Lage noch prekärer: Wohnungsknappheit und hohe Mieten lassen Flüchtlingen im urbanen Raum oft keine andere Möglichkeit, als auf der Straße oder in verlassenen Häusern zu leben. Die örtlichen Krankenhäuser in den Grenzgebieten sind hoffnungslos überfüllt. Internationale Non-Profit-Organisation (NGO) unterstützen die türkische Regierung, allerdings haben sie es oft nicht leicht, sich im Land zu registrieren, um legal arbeiten zu können.

Der UNHCR prognostiziert, dass die Zahl der Flüchtlinge im Laufe des Jahres auf knapp zwei Millionen ansteigen wird. Damit wird die Türkei zum sechstgrößten Flüchtlingsaufnahmeland der Welt. Zudem markiert die Aufnahme von einer solchen Zahl nicht-europäischer Flüchtlinge eine bedeutende Abkehr von vergangenen Methoden. Grund für diese „open-door policy“ war die international geteilte Annahme, die Unruhen in Syrien werden nicht lange andauern; Assad sich nicht halten und die Flüchtlinge daher bald zurückkehren können. Diese Annahmen sind angesichts der aktuellen politischen Lage und Verwüstung in Syrien hinfällig: Die Menschen werden in den nächsten zehn bis 15 Jahren wohl kaum zurückkehren können. Die Türkei muss sich deshalb nicht nur um die humanitäre Hilfe kümmern, sondern auch um die Integration der Flüchtlinge.

Türkische Staatsbürgerschaft für Syrerinnen und Syrer?

Das Thema Staatsbürgerschaft für die Flüchtlinge ist in der politisch stark polarisierten Türkei ein sehr kontroverses: Die Opposition fürchtet – sollten die Flüchtlinge wählen dürfen – dass der Großteil der Stimmen an die aktuell im Amt stehende AK-Partei gehen wird. Und der Regierung fehlt, selbst wenn sie diesen Schritt gehen wollte, der Rückhalt der Bevölkerung in dieser Frage. Sie steht den Flüchtlingen zunehmend feindlich gegenüber. Die erhöhte Nachfrage lässt die Mieten vor allem in den grenznahen Städten steigen und die Löhne sinken – je mehr Syrerinnen und Syrer eine billige Arbeitskraft stellen. Diese Entwicklungen, gepaart mit nationalistischen und rassistischen Einstellungen, fördern die negativen Ressentiments gegenüber Syrerinnen und Syrern. Denen bleibt jedoch meist nichts anderes übrig, als auf dem Bau oder in der Landwirtschaft nach Arbeit zu suchen. Ihr Status macht jedoch eine Arbeitserlaubnis unmöglich. Und das treibt Erwachsene wie Kinder in den Schwarzmarkt, wo sie oft unter gefährlichen Bedingungen und mit minimalen Löhnen versuchen, ihr Überleben zu sichern.

Durch die Reform vom April 2014 treten zwar langsam erleichternde Regelungen ein und im Oktober 2014 wurde ein Schutzgesetz erlassen, das die Arbeit von Menschen aus Syrien legalisieren soll. Allerdings wird es noch einige Zeit dauern, bis die anvisierten Gesetze in Kraft treten. Dabei ist die Nachfrage durchaus da: Die Handelskammer der südöstlichen Stadt Gaziantep drängte die Regierung etwa dazu, syrische Arbeit zu legalisieren, da Arbeitskräfte gebraucht werden.

Schulbildung für syrische Kinder – aber welche?

Schätzungsweise die Hälfte der 1,6 Millionen syrischen Flüchtlinge sind Kinder. Der Großteil besucht keine Schule. Es besteht Einigkeit darüber, dass Schulbildung bereitgestellt werden muss, um einer verlorenen Generation entgegenzuwirken. Hier stellt sich jedoch die Frage nach ihrer Art: Soll sie sich möglichst nah am syrischen Modell orientieren um die zukünftige Rückkehr und Anerkennung im Nachbarland zu erleichtern? Oder ist davon auszugehen, dass die Menschen in der Türkei bleiben, das türkische Schul- und Universitätssystem sie aufnehmen und sie vor allem die türkische Sprache lernen sollten? Angesichts der Lage Syriens ist letzterer der deutlich wahrscheinlicher eintreffende Fall. Dennoch besuchen aktuell mehr Kinder die über 100 Flüchtlingssschulen, die von der syrischen Bildungskommission, einer NGO syrischer Akademikerinnen und Akademiker in der Türkei, organisiert sind und nach syrischem Modell funktionieren. Syrische Studierende dürfen zwar türkische Universitäten besuchen, müssen allerdings komplett neu beginnen, da ihre Abschlüsse und Leistungen aus Syrien nicht anerkannt werden.

Die Entscheidung über das Bildungsmodell ist zudem noch eine politisch sensible: Erlaubt die türkische Regierung ein offizielles Kurrikulum in arabischer Sprache, werden Widerstände der kurdischen Minderheit erwartet, deren Forderung nach offizieller Schulbildung in kurdischer Sprache bisher abgelehnt wurde. Nicht zuletzt ist da noch das Problem der Infrastruktur – fehlende Räumlichkeiten, finanzielle Mittel und adäquat ausgebildete Lehrende. Ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten im Umgang mit Kindern, die zum Großteil traumatisiert und nun schon jahrelang von der Schule entwöhnt sind.

Soziale Spannungen und politische Fragen

Flüchtlinge aus den kurdischen Gebieten Syriens haben zum Teil langjährige familiäre oder geschäftliche Beziehungen zu türkischen Kurden – was ihnen die Aufnahme und Integration durch die Bevölkerung, aber nicht durch den Staat erleichtert. Kulturelle Unterschiede zwischen Araberinnen und Arabern und Türkinen und Türken führen dagegen auch zu Spannungen. Und so werden Mehrfrauen-ehen von Syrern in der Türkei nicht anerkannt, was die soziale Stigmatisierung der Frauen zur Folge hat. Es ist schwierig, deren Kinder dann zu registrieren. Allein durch Geburt im Land erhalten sie die türkische Staatsbürgerschaft nicht, und es ist fraglich,

ob syrische Autoritäten zukünftig die Registrierung in der Türkei anerkennen werden. De facto sind diese Kinder staatenlos.

Soziale Stigmatisierung und Diskriminierung betrifft vor allem Flüchtlinge im urbanen Raum, die sich aufgrund ihrer prekären Situation zum Betteln oder in die Prostitution getrieben sehen. In großen Städten – auch weit von der Grenze entfernt, wie in Istanbul – prägen Flüchtlinge zunehmend das Stadtbild: Lange Schlangen vor den Konsulaten europäischer Länder in der Hoffnung auf einen erfolgreichen Asylantrag, bettelnde Kinder und Frauen in der Haupteinkaufszone. Auf der Straße sind Syrerinnen und Syrer oft verbalen Anfeindungen ausgesetzt. Bei der Wohnungssuche begegnet ihnen Diskriminierung und Ausbeutung.

Ethnische Minderheiten in der Türkei sehen sich zudem durch die vielen größtenteils sunnitischen Flüchtlinge bedroht: Viele Regierungsunterstützer in Syrien gehören wie der Präsident Assad selbst der Gruppe der Alawiten an. In der türkischen Provinz Hatay lebt eine große Zahl türkischer Alawiten, die wiederum enge Beziehungen zu jenen in Syrien pflegen und Anfeindungen sunnitischer Regierungsflüchtlinge befürchten. Sie unterstellen der türkischen Regierung, das politische Gleichgewicht in der Region bewusst verändern zu wollen – zu einer Zeit, in der Ankara versucht, die vermeintlich sunnitische Identität der Türkei zu betonen. Die Demonstrationen der Bevölkerung führten so weit, dass die Regierung ein Sunni-Camp aus Hatay umsiedelte.

Ähnliche Ängste wie in Hatay bestehen in den kurdischen Gebieten rund um Mardin und Sanliurfa, in der hauptsächlich Kurdinnen und Kurden wie auch assyrische Christen leben. Besonders, weil syrische Regierungsgegner den türkischen Alawiten und der syrisch-kurdischen demokratischen Einheitspartei PYD vorwerfen, mit Assad zu kooperieren. Anfang Oktober vergangenen Jahres kam es in den kurdischen Gebieten zu Ausschreitungen zwischen islamistisch und kurdisch Gesinnten in deren Folge mehrere Dutzend Menschen starben. Kurdische und alawitische Flüchtlinge meiden daher die offiziellen Camps, die zum Großteil von Sunniten bewohnt werden.

Die sunnitischen Flüchtlinge werden von nichtsunnitischen Gruppen als Gefahr für die delikate ethnische Balance der Region gesehen – und es besteht das Risiko, dass die ethnischen Konflikte von Syrien über die Grenze in die Türkei getragen werden, weil auch

dort die schon bestehenden Konfliktlinien nicht nur politische sondern großteils bereits ethnisierte sind.

Der Staat und seine Grenzen

Ein weiteres Sicherheitsrisiko betrifft die Türkisch-Syrische-Grenze, die nicht sicher ist. Berichten zufolge sollen IS-Kämpfer die Grenze leicht passieren können und sogar in türkischen Krankenhäusern versorgt worden sein. Die Regierung in Ankara dementiert dies jedoch. Entgegen der offiziell betriebenen open-door-policy schloss Ankara immer wieder vorübergehend die Grenze in den kurdischen Gebieten, vor allem für Syrerinnen und Syrer ohne Papiere – entgegen der Ansage, auch Flüchtlinge ohne Pass aufzunehmen. Letztere mussten daher oft illegal die Grenze überqueren, indem sie den Grenzzaun einrissen. Der Weg dorthin führt durch vermintes Gebiet, was sie zusätzlich in Lebensgefahr brachte. Es kam daher immer wieder zu Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Zivilbevölkerung und türkischem Militär. Laut eines Berichts von Amnesty International gab es Fälle von Misshandlungen von türkischen Militärs an Syrerinnen und Syrern. Insgesamt starben 17 Flüchtlinge beim Versuch, in die Türkei zu gelangen.

So sehr diese Menschenrechtsverletzungen von der internationalen Gemeinschaft zu verurteilen sind, so sehr muss letztere endlich auch ihre eigene Verantwortung und Aufgabe anerkennen, das Leid der Flüchtlinge aus Syrien zu mildern. Das bedeutet einerseits mehr finanzielle Hilfe bereitzustellen und andererseits Asyl im großen Stil und nicht nur in Form symbolischer Zahlen zu vergeben. Die Krise in Syrien und das aktuelle Leid seiner Bevölkerung sind nicht zuletzt Ergebnisse gescheiterter internationaler Politik.

Aber auch die Regierung in Ankara muss sich bewegen: Anstatt sich auf humanitäre Notfallversorgung in den Flüchtlingscamps allein zu konzentrieren, sollten politische und gesellschaftliche Diskurse zur Integration und Eingliederung von Syrerinnen und Syrern in die türkische Gesellschaft geführt werden. Nicht zuletzt müssen Wege gefunden werden, den Bürgerkrieg im gebeutelten Syrien zu beenden. Die Schwierigkeit: Terrorgruppen wie die Al Nusra Front und den IS zu bekämpfen, ohne Assad zu verharmlosen oder womöglich wieder als Verbündeten zu betrachten. Dies ist eine der größten Ängste der geflohenen syrischen Regimegegner und -gegnerinnen.<

Murat Bay
ist Fotograf und Journalist und lebt in Istanbul. Er fotografiert und schreibt vor allem ehrenamtlich für die alternative Zeitung Sendika (sendika.org).

Katharina Schmidt
studiert Ethnologie in Hamburg und lebt, schreibt, fotografiert derzeit in Istanbul. Zu sehen und nachzulesen unter
crossingthebridges.wordpress.com